



Berufsverband Deutscher  
Psychologinnen  
und Psychologen



## **Starke Psyche. Starke Gesellschaft.**

**Die Positionspapiere des Berufsverbandes Deutscher  
Psychologinnen und Psychologen e. V. (BDP)  
anlässlich der Bundestagswahl 2025**

Berlin, 20. Dezember 2024



Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen



## Inhaltsverzeichnis

### Starke Psyche. Starke Gesellschaft.

Seite 3

1. Der Titel muss Vertrauen erhalten: Titelschutz ist Verbraucherschutz: Wir fordern ein verbindliches Gesetz, das den Titel „Psycholog\*in“ schützt und Qualitätsstandards für Verbraucherinnen sichert.

Seite 5

2. Für einen modernen Arbeitsschutz: Aufnahme von Psycholog\*innen in ein novelliertes ASiG und in die DGUV Vorschrift 2: Psycholog\*innen müssen als dritte Kraft im Arbeitssicherheitsgesetz verankert werden, um Unternehmen und Mitarbeiter\*innen wirksam zu unterstützen.

Seite 7

3. Nachhaltige psychotherapeutische Versorgung: Es braucht ausreichend Psychotherapieplätze, koordinierte Angebote und eine gesicherte Aus- und Weiterbildung, damit psychische Gesundheit für alle zugänglich bleibt.

Seite 11

4. Zukunftsfähige Bildung braucht psychische Gesundheit: Wir fordern einen Bildungsplan „psychische Gesundheit“ – für gesunde, resiliente Kinder und Jugendliche, die gut vorbereitet ihre Zukunft gestalten können.

Seite 15

5. Damit Digitalisierung gelingt: Chancen nutzen, Risiken managen, Vertrauen schaffen: Unsere Ansätze für eine Digitalisierung, die die Menschen mitnimmt.

Seite 18

6. Klimawandel bewältigen: Stärkung von Resilienz, Anpassungsfähigkeit und Zukunftssicherheit: Effektive Maßnahmen gegen die Klimakrise brauchen psychologisch fundierte Konzepte, um Ängste abzubauen und nachhaltige Verhaltensänderungen zu fördern.

Seite 21

### Impressum

Seite 24





Positionspapiere des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V. (BDP)

## **Starke Psyche. Starke Gesellschaft.**

Berlin, 20. Dezember 2024

Deutschland steht vor großen Herausforderungen – und diese verunsichern auch heranwachsende Generationen. Klimakrise und der russische Angriffskrieg sind nicht einmal unter den Top 5 der Sorgen Themen. Themen wie steigende Lebenshaltungskosten, Migration und soziale Ungleichheit sind im Alltag vieler Menschen präsenter.

### **Psychische Gesundheit und Resilienz als Krisenkompetenz**

Der Wunsch nach schnellen, einfachen Lösungen ist stark, er bringt Einzelne sowie Gemeinschaften aus dem Gleichgewicht und macht Verschwörungserzählungen und populistische Lösungsversprechen interessant. Es ist Zeit, die Menschen gut auszustatten für den Umgang mit multiplen Krisen und steigenden Anforderungen. Psychische Gesundheit und Resilienz der gesamten Bevölkerung sind es wert, als grundlegende Ressourcen verstanden und gefördert zu werden.

### **Stärkung der Lebenswelten Bildung und Arbeit**

Im Kontext der Digitalisierung und Transformation ist die kontinuierliche Entwicklung und Neuorientierung von Einzelnen, Gruppen und Organisationen und deren Förderung fachlich und methodisch herausfordernd. Bildungswesen und Arbeitswelt sind Beispiele für Sektoren mit schnellen systemischen Veränderungen und hoher psychischer Belastung. Diese benötigen im Besonderen konzeptionelle und personelle Unterstützung und eine bedarfsgerechte fachliche Ausstattung.

Konkret empfehlen wir mehr Schulpsycholog\*innen und die Stärkung der Arbeitspsycholog\*innen durch deren Aufnahme in Gesetze.

### **Gemeinsame Erfolge für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**

Als Gesellschaft müssen bzw. sollten wir gemeinschaftlich Krisen und Herausforderungen entgegen treten. Handlungskompetenzen und Resilienz müssen weiterentwickelt werden, um mehr proaktive, mutige Entscheidungen zu ermöglichen und Herausforderungen aktiver anzunehmen. Bürger\*innen müssen mittels gut aufbereiteter, transparenter und ehrlicher Informationen qualifiziert werden. Wenn Erfolg gemeinsamen Handelns sichtbar wird, dann erfährt der gesellschaftliche Zusammenhalt eine Stärkung auf allen Ebenen. Das gilt auch für gemeinsames Handeln gegen den Klimawandel.

### **Kinder und Jugendliche im Fokus**

Kinder und Jugendliche verdienen aus zahlreichen Gründen besondere Aufmerksamkeit. Viele erleben Diskriminierung, haben psychische Auffälligkeiten und machen sich zunehmende Sorgen um Krisen wie Kriege, Terrorismus, wirtschaftliche Krisen und den Klimawandel. Folgen der Pandemie wirken bei jungen Menschen besonders stark nach. Was Heranwachsende für mehr Resilienz brauchen, sind Schulen als Resilienzcentren mit Nachhaltigkeitsbildung und Digitalkompetenz, aber auch verlässliche und niederschwellige psychologische sowie rasch zugängliche psychotherapeutische Angebote.



Eine bedarfsgerechte psychotherapeutische Versorgung und die Sicherstellung der psychotherapeutischen Weiterbildung ist dringend erforderlich.

### **Transparenz und Vertrauen für Verbraucher\*innen**

Psycholog\*innen wirken an zentralen Stellen in der gesellschaftlichen Transformation und in vielen Feldern der Gesellschaft, allerdings noch ohne berufsgesetzlichen Schutz. Der Titel transportiert die besonderen Kompetenzen über die Psyche, die Verschwiegenheitspflicht und die ethische Haltung. Verbraucher\*innen und Berufsangehörige benötigen das Vertrauen auf den Titel und daher eine stärkere Regulierung durch ein Psycholog\*innengesetz.

### **Was ist zu tun? Die Positionspapiere mit unseren Forderungen im Überblick:**

- **Der Titel muss Vertrauen erhalten: Titelschutz ist Verbraucherschutz:** Wir fordern ein verbindliches Gesetz, das den Titel „Psycholog\*in“ schützt und Qualitätsstandards für Verbraucherinnen sichert.
- **Für einen modernen Arbeitsschutz: Aufnahme von Psycholog\*innen in ein novelliertes ASiG und in die DGUV Vorschrift 2:** Psycholog\*innen müssen als dritte Kraft im Arbeitssicherheitsgesetz verankert werden, um Unternehmen und Mitarbeiter\*innen wirksam zu unterstützen.
- **Nachhaltige psychotherapeutische Versorgung:** Es braucht ausreichend Psychotherapieplätze, koordinierte Angebote und eine gesicherte Aus- und Weiterbildung, damit psychische Gesundheit für alle zugänglich bleibt.
- **Zukunftsfähige Bildung braucht psychische Gesundheit:** Wir fordern einen Bildungsplan „psychische Gesundheit“ – für gesunde, resiliente Kinder und Jugendliche, die gut vorbereitet ihre Zukunft gestalten können.
- **Damit Digitalisierung gelingt: Chancen nutzen, Risiken managen, Vertrauen schaffen:** Unsere Ansätze für eine Digitalisierung, die die Menschen mitnimmt.
- **Klimawandel bewältigen: Stärkung von Resilienz, Anpassungsfähigkeit und Zukunftssicherheit:** Effektive Maßnahmen gegen die Klimakrise brauchen psychologisch fundierte Konzepte, um Ängste abzubauen und nachhaltige Verhaltensänderungen zu fördern.

Die Positionspapiere und weitere Informationen finden Sie auch auf der Verbandswebsite unter [„Starke Psyche. Starke Gesellschaft. – Die Positionspapiere 2025“](#).

### **Ihre Ansprechpersonen:**

**Thordis Bethlehem**

Präsidentin des BDP

E-Mail: [t.bethlehem@bdp-verband.de](mailto:t.bethlehem@bdp-verband.de)

**Fredi Lang**

Referatsleiter Fach- und Berufspolitik

E-Mail: [f.lang@bdp-verband.de](mailto:f.lang@bdp-verband.de)





Positionspapier des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V. (BDP)

## 1. Der Titel muss Vertrauen erhalten: Titelschutz ist Verbraucherschutz

Berlin, 20. Dezember 2024

Psychologie hilft: Von der Entwicklung von Potentialen und Präventionsmaßnahmen über Trainings und Gruppenprogramme bis hin zur Krisenintervention sind psychologische Dienstleistungen aus keinem Lebensbereich mehr wegzudenken. Das Psychologie-Studium ist seit Jahrzehnten beliebt und erfreut sich weiter steigender Beliebtheit. Gleichzeitig ist aber der Titel „Psychologe/Psychologin“ gesetzlich nahezu ungeschützt. Aktuell ist er sogar schlechter geschützt als bei anderen akademischen freien Berufen, wie zum Beispiel den Architekten.

Das liegt nicht zuletzt an der Vielzahl von Berufsfeldern, die sich in der Vergangenheit entwickelt haben. Sie umfassen unterschiedlichste Anwendungen der Psychologie außerhalb der originären Psychotherapie, ob nun in den Bereichen Schule, Verkehr oder der Beratung in Ehe, Erziehungs- und Berufsorientierungsfragen. Auch für diese Einsatzfelder ist eine umfassende psychologische Qualifikation erforderlich, jedoch bis heute gesetzlich nicht in jedem Fall klar geregelt.

Über Jahrzehnte haben die Verbraucher\*innen, Auftraggeber\*innen und Arbeitgeber\*innen zu Recht großes Vertrauen in das Wissen und Können von Psycholog\*innen gesetzt. Diese Kompetenz soll künftig auch durch einen gesetzlich geschützten Titel eindeutig zuzuordnen sein.

### **Wir brauchen ein Psycholog\*innen-Gesetz.**

Ohne ein solches Gesetz müssen Menschen, die schnelle Hilfe suchen, sich zunächst mühsam über Qualität und Qualifikation psychologischer oder psychotherapeutischer Dienstleistungen klar werden. Dafür fehlen Verbraucher\*innen aber die Kriterien. Wer sich an Psycholog\*innen wendet, wer sie beauftragt und ins Vertrauen zieht, soll und muss sich auf deren hohe fachliche Kompetenz verlassen können.

Unseligerweise hat die Rechtsprechung zum Wettbewerbsrecht den Schutz der Berufsbezeichnung Psycholog\*in geschwächt. Die Vielfalt unterschiedlicher Studiengänge und die umgangssprachliche Verwendung des Begriffs Psychologie führen auch zu gering qualifizierten Angeboten. Mit der Verwendung der Berufsbezeichnungen Psycholog\*in suggerieren Anbietende vielfach Kompetenzen, die nicht vorliegen. Vom guten Ruf des Berufsstands zu profitieren, ist zwar nicht gerechtfertigt, jedoch durchaus beabsichtigt.

### **Klare Orientierung für Verbraucher\*innen**

Ein entsprechendes Gesetz zum Schutz der Verbraucher\*innen fehlt seit Jahren. Die aktuell steigende Nachfrage aufgrund multipler Krisen macht deutlich, dass es unverantwortlich wäre, diese Entwicklung ungebremst weiter laufen zu lassen. Denn der zunehmend unübersichtliche Markt und fehlende Qualitätskriterien bergen erhebliche Risiken für Klient\*innen.

Klient\*innen müssen eindeutig erkennen können, welche Expertise hinter welcher Dienstleistung steht. Auch und vor allem deshalb, weil eine schlechte Diagnostik und falsche Problemeinschätzung



zu einer fehlerhaften Intervention führen und sogar schaden kann.

Und klar ist auch: Unterlassene Hilfestellungen richten immer Schaden an. Sie verringern Bildungs-, Gesundheits- und Teilhabe-Chancen. Deshalb wollen und müssen wir klar erkennbar sein.

#### **Unsere Eckpunkte für ein Psycholog\*innen-Gesetz im Überblick:**

- **ein Bachelor- und Masterstudium in Psychologie**, mit Inhalten analog zum Europäischen Psychologenzertifikat EuroPsy
- **Schutz der Berufsbezeichnung** Psychologin/Psychologe
- **Schweigepflicht und Zeugnisverweigerungsrecht** vor allen Gerichten, auch im Strafprozess
- **Einordnung als Freier Beruf**, auch in steuerrechtlicher Hinsicht (Katalogberuf im § 18 EstG)
- **Einbindung diagnostischer Expertise in alle Rechtsbereiche**, in denen bislang nur eine ärztliche Begutachtung psychischer Situationen erfolgt, sei es in den Sozialgesetzbüchern, dem VVG, dem BBG, BTHG, SGG usw.
- **Berufliche Selbstverwaltung** insbesondere mit fachlichen Standards und Ethikräten

#### **Ihre Ansprechpersonen:**

**Thordis Bethlehem**

Präsidentin des BDP

E-Mail: [t.bethlehem@bdp-verband.de](mailto:t.bethlehem@bdp-verband.de)

**Fredi Lang**

Referatsleiter Fach- und Berufspolitik

E-Mail: [f.lang@bdp-verband.de](mailto:f.lang@bdp-verband.de)

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen über 10.000 niedergelassener, selbstständiger und angestellter/ beamteten Psycholog\*innen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologenschaft ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und die Öffentlichkeit.



## 2. Für einen modernen Arbeitsschutz:

### **Aufnahme von Psycholog\*innen in ein novelliertes ASiG und in die DGUV Vorschrift 2**

Berlin, 20. Dezember 2024

*Die Herausforderungen der heutigen Arbeitswelt sind seit Jahren erkennbar und nehmen zu. Die Folgen der Digitalisierung prägen den Alltag von Unternehmen und Beschäftigten. Anforderungen der digitalen Transformation und die Zunahme von Flexibilität verändern die Gefährdungsprofile kontinuierlich und in breitem Maße. Gefährdungen durch negativ gestaltete psychische Belastungsfaktoren führen vermehrt zu physischen und psychischen Erkrankungen, wie Muskel-Skelett- oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Burnout und Depressionen und vorzeitigen Renteneintritten. Die Folgen sind alarmierend: hohe Ausfallzeiten, vermehrte Krankmeldungen aufgrund psychischer Erkrankungen und ein deutlicher Anstieg vorzeitiger Renteneintritte [1, 2].*

#### **Herausforderung guter Arbeitsschutz**

Psychische Belastung ist als zentraler Faktor für die Gesundheit am Arbeitsplatz empirisch umfassend belegt. Dennoch bleibt die Berücksichtigung in der betrieblichen Praxis noch mangelhaft. Studien zeigen auf, dass die Integration psychischer Belastung in die Gefährdungsbeurteilung auf niedrigem Niveau stagniert [3, 4]. Dort, wo sie durchgeführt wird, fehlt es häufig an fachlicher Qualität und konkreten Maßnahmen. Unternehmen empfinden den Prozess nicht selten als komplex und herausfordernd. Sie scheitern oft an der Komplexität, der fehlenden Fachkompetenz oder an unzureichenden Ressourcen.

Hinzu treten disruptive Wirkungen der Digitalisierung und des Einsatzes künstlicher Intelligenz, die Arbeitsbedingungen radikal verändern. Während Automatisierung Prozesse erleichtert, führen ständige Erreichbarkeit und neue Arbeitsweisen zu zusätzlichen Veränderungen von Rahmenbedingungen und dem Erleben des Arbeitsalltages. Die komplexen Entwicklungen machen eine fundierte, psychologische Begleitung unerlässlich. Ein Blick auf die Entwicklung der Fehlzeiten verdeutlicht, dass das Arbeitsschutzgesetz (ASiG) und die DGUV Vorschrift 2 [5] den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht werden und reformiert werden müssen, um die erforderliche psychologische Expertise systematisch zu integrieren.

#### **Warum die psychologische Fachkunde notwendig ist**

Psycholog\*innen verfügen über das spezifische Fachwissen, das ergänzend notwendig ist, um den quantitativ steigenden und qualitativ komplexen psychischen Anforderungen im modernen Arbeitsschutz gerecht zu werden:



- Wissenschaftlich fundierte Diagnostik psychischer Belastung und die Entwicklung wirksamer Präventionskonzepte und -maßnahmen.
- Unterstützung von Unternehmen bei der Gestaltung gesundheitsförderlicher Arbeitsbedingungen.
- Fachkundige Begleitung bei der Einführung neuer Technologien, um negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit zu minimieren.

Das Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG) fordert die bedarfsorientierte Betreuung. Bedarfsorientierung als spezifische Analyse der Situation vor Ort, Umsetzbarkeit der Maßnahmen in den Arbeitsalltag und die Unterstützung durch die Führungskräfte sind zentrale Erfolgsfaktoren zur Senkung von negativer psychischer Belastung und von Fehltagen. Zugeschnittene, evidenzbasierte und nachhaltige Maßnahmen, die auch auf die Verhältnisprävention abzielen, bilden den Schlüssel für effektive Prävention und Gesundheitsförderung. Die aktuelle Gesetzeslage fördert allerdings die bedarfsorientierte Betreuung nicht direkt, da es an Fachkräften mangelt und psychologische Fachkunde nicht vorgesehen ist.

### Dringender Handlungsbedarf im Arbeitsschutz

Im nächsten Schritt ist es daher erforderlich, Psycholog\*innen im ASiG und der DGUV Vorschrift 2 zusätzlich zur Fachkunde der beteiligten Professionen Betriebsärzt\*innen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit aufzunehmen. Die diesbezügliche Anpassung der Verordnungen ist im Hinblick auf die fachlichen Anforderungen in der Versorgungsrealität, insbesondere an Qualitätssicherung und Prävention, dringend notwendig, auch und nicht zuletzt, um die Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zukünftig zu gewährleisten.

Leider berücksichtigt die aktuelle Gesetzeslage psychische Belastung nur unzureichend. Es fehlen verbindliche Vorgaben und technische Standards, die psychische Gesundheit systematisch in den Arbeitsschutz integrieren. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) benötigen strukturelle Unterstützung und Zugang zu psychologischer Fachkompetenz, um bestehende Lücken in der Prävention zu schließen.

### Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Integration von Psycholog\*innen** in das Arbeitsschutzgesetz (ASiG) und die DGUV Vorschrift 2
- **Förderung der multidisziplinären Zusammenarbeit**, insbesondere mit Betriebsärzt\*innen und Fachkräften für Arbeitssicherheit
- **Qualitätssicherung und Prozessstärkung** durch Einbindung psychologischer Fachkompetenz in die betriebliche Grundbetreuung
- **Bessere Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs)**, um Lücken in der Prävention zu schließen
- **Einführung verbindlicher technischer Regeln** für die Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung





Weitere Informationen zu diesem Thema und zur Kampagne „Moderne Arbeitswelt braucht Psychologie“ finden Sie auf der [Website des BDP](#).

**Ihre Ansprechpersonen:**

**Frau Ivon Ames**

Vorstand Sektion Wirtschaftspsychologie im  
BDP

E-Mail: [ivon.ames@wirtschaftspsychologie-  
bdp.de](mailto:ivon.ames@wirtschaftspsychologie-bdp.de)

**Herr Fredi Lang**

Referatsleiter Fach- und Berufspolitik

E-Mail: [f.lang@bdp-verband.de](mailto:f.lang@bdp-verband.de)

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen über 10.000 niedergelassener, selbstständiger und angestellter/ beamteten Psycholog\*innen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologenschaft ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und die Öffentlichkeit.



## Quellenverzeichnis

- [1] Niedhammer, I., Bertrais, S., & Witt, K. (2021). Psychosocial work exposures and health outcomes: A meta-review of 72 literature reviews with meta-analysis. *Scandinavian Journal of Work, Environment & Health*, 47(7), 489–508. <https://doi.org/10.5271/sjweh.3968>
- [2] Angerer, P., Siegrist, K. & Gündel, H. (2014). Psychosoziale Arbeitsbelastungen und Erkrankungsrisiken: Wissenschaftliches Gutachten (Expertise) im Auftrag des Landesinstituts für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. In Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Erkrankungsrisiken durch arbeitsbedingte psychische Belastung.: transfer 4*.
- [3] Beck, D., & Lenhardt, U. (2019). Consideration of psychosocial factors in workplace risk assessments: Findings from a company survey in Germany. *International Archives of Occupational and Environmental Health*, 92(3), 435–451. <https://doi.org/10.1007/s00420-019-01416-5>
- [4] Beck, D., & Schuller, K. (2020). Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung in der betrieblichen Praxis: Erkenntnisse und Schlussfolgerungen aus einem Feldforschungsprojekt. *baua: Bericht kompakt*, 1. Auflage, 1–3. <https://doi.org/10.21934/BAUA:BERICHTKOMPAKT20200115>
- [5] DGUV Vorschrift 2 (2012). Unfallverhütungsvorschrift. Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Abgestimmter Mustertext. Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung. [https://www.dguv.de/medien/inhalt/praevention/vorschriften\\_regeln/dguv-vorschrift\\_2/muster\\_vorschr\\_2.pdf](https://www.dguv.de/medien/inhalt/praevention/vorschriften_regeln/dguv-vorschrift_2/muster_vorschr_2.pdf)



### 3. Nachhaltige psychotherapeutische Versorgung sichern

Berlin, 20. Dezember 2024

*In Deutschland sind rund 18 Mio. Menschen psychisch erkrankt. Bereits seit vielen Jahren sind psychische Erkrankungen mit Abstand die häufigste Ursache für Frühberentungen; sie verursachen zunehmend mehr Arbeitsunfähigkeitstage, vor allem bei jüngeren und bei erwerbstätigen Erwachsenen – und damit hohe Kosten für das Sozialsystem. Doch nicht einmal jede/r fünfte Betroffene befindet sich in Behandlung – über 80 Prozent bleiben unbehandelt [1]. Neben einer immer noch andauernden Stigmatisierung und mangelnder gesellschaftlicher Aufklärung liegt dies auch an den zum Teil sehr langen Wartezeiten für eine psychotherapeutische Behandlung. Jeder Mensch, der unter einer behandlungsbedürftigen psychischen Erkrankung leidet, sollte eine zeitnahe und passgenaue Behandlung erhalten können.*

#### **Ambulant vor stationär**

Grundsätzlich ist eine ambulante Behandlung einer stationären vorzuziehen, wann immer dies möglich ist, denn ein stationärer Aufenthalt ist oft um ein Vielfaches kostenintensiver als eine ambulante Behandlung. Der Behandlungserfolg ist zudem aufgrund einer häufig fehlenden nahtlosen ambulanten Weiterbehandlung oftmals gefährdet, da die Zeit nach einer stationären Entlassung mit Risiken einer Wiederverstärkung von Symptomen verbunden ist. Kostspielige stationäre Aufenthalte könnten bei ausreichend zeitnahen ambulanten Kapazitäten somit deutlich verringert werden.

#### **Wartezeiten verkürzen**

Die Wartezeit auf einen ambulanten Therapieplatz beträgt im Bundesmittel rund 20 Wochen, Tendenz steigend [2]. Die zumutbare Wartezeit für eine Richtlinienpsychotherapie sollte aus fachlicher Sicht jedoch acht, maximal 12 Wochen nicht überschreiten, um eine Chronifizierung zu verhindern – und zwar flächendeckend, auch in strukturschwachen ländlichen Regionen! Neben der Reduktion menschlichen Leids führt eine bedarfsgerechte Versorgung zu Einsparungen in anderen Sektoren des Sozialsystems, die die Behandlungskosten mehr als kompensieren [3]. Dies gilt insbesondere für die große Gruppe der mittelschwer Erkrankten [4], bei denen eine frühzeitige ambulante Behandlung die Gefahr der Chronifizierung [5, 6] und somit auch Folgekosten (durch z. B. somatische Folgeerkrankungen, Arbeitslosigkeit, Frühberentungen) sowie Folgen für Kinder und Angehörige reduzieren kann. Um dies zu ermöglichen, muss bei der Bedarfsplanung dringend nachjustiert werden. Die Verteilung der Kassensitze muss am realen Bedarf orientiert sein. Um diesen zu erfassen, müssen Krankenkassen offenlegen, wie viele Patient\*innen (zusätzlich zur regulären Behandlung im GKV-System) im Rahmen der außervertraglichen Psychotherapie gemäß § 13 Abs. 3 SGB V behandelt werden. Außerdem sollten die Kassen in die Pflicht genommen werden, außervertragliche Psychotherapien unbürokratisch zu genehmigen. Hier ist eine gesetzliche Klarstellung erforderlich, um willkürliche Ablehnungen zu verhindern.



## Verbesserung der stationären Versorgung

In den psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken werden diejenigen Patient\*innen behandelt, die am schwersten erkrankt sind. Voraussetzung für eine leitliniengerechte Behandlung dort ist eine hinreichende Zahl qualifizierter Psychotherapeut\*innen. Um dies zu ermöglichen, müssen diese zum einen im Stellenplan gemäß der „Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie“ (PPP-RL) zwingend vorgesehen werden. Zum anderen müssten gerade für Regel- und Akutstationen psychiatrischer Krankenhäuser die Vorgaben der geltenden Personalrichtlinie PPP-RL angepasst werden, um eine leitliniengemäße Behandlung zu ermöglichen. Aktuell sind dort im Durchschnitt nur maximal 30 Minuten psychotherapeutische Behandlung pro Woche und pro Patient\*in vorgesehen.

## Effizienz steigern durch Vernetzung

Die Versorgung psychisch erkrankter Menschen könnte deutlich verbessert werden, wenn die verschiedenen Versorgungsbereiche und Sektoren besser vernetzt wären. Wünschenswert wäre es, wenn das Gesundheitssystem grundsätzlich überdacht und neue Konzepte ganzheitlich und von Patient\*innenseite her gedacht würden. Eine kurzfristige, effiziente und überfällige Lösung ist die Schaffung grundsätzlicher Schnittstellen zwischen den Sektoren sowie die Möglichkeit, dass Behandler\*innen sich bei Bedarf fallbezogen koordinieren können – und das flächendeckend in der Regelversorgung.

## Nachwuchs sichern

Aktuell besteht zwar noch kein akuter Fachkräftemangel, mittelfristig ist es jedoch nötig, dass gut qualifizierter Nachwuchs nachrückt. Das Psychotherapie-Ausbildungsreformgesetz von 2019 sollte die prekären Ausbildungsbedingungen von Psychotherapeut\*innen verbessern. Nun gibt es ein neues Weiterbildungskonzept analog dem ärztlichen System. Es gibt erste Studienabsolvent\*innen, die die Weiterbildung antreten wollen, aber aufgrund fehlender Finanzierungsregelungen existieren so gut wie keine Weiterbildungsstellen. Diese müssen dringend gesetzlich geregelt werden, und zwar sowohl für die Weiterbildung in Kliniken und Ambulanzen als auch in Praxen und Institutionen. Nur so kann ein zunehmender Fachkräftemangel verhindert und die psychotherapeutische Versorgung der Bevölkerung langfristig gesichert werden. Und auch diejenigen Psychotherapeut\*innen in Ausbildung, die bis 2032 nach der Übergangsregelung ihre Ausbildung absolvieren, dürfen nicht vergessen werden.

## Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Kürzere Wartezeiten:** Die Zulassungen niedergelassener Psychotherapeut\*innen müssen sich am realen Bedarf orientieren, Kinder- und Jugendliche sind separat zu planen, Abrechnungsdaten außervertraglicher Psychotherapie müssen berücksichtigt werden.
- **Anpassung der PPP-RL:** Im stationären Bereich muss eine leitliniengerechte Behandlung durch approbierte Psychotherapeut\*innen mit Fachkunde gewährleistet sein. Dazu sind zusätzlich die Minutenwerte der psychotherapeutischen Maßnahmen auszubauen und die Vorgaben der PPP-Richtlinie anzupassen.
- **Sektoren- und bereichsübergreifende Kommunikation:** Schnittstellen und Vernetzungsmöglichkeiten zwischen den Versorgungsbereichen und Sektoren in der Regelversorgung müssen geschaffen und vergütet werden.
- **(Geregelte) Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung:** Die Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung muss für alle Weiterbildungsbereiche gesetzlich geregelt werden.



- **Angemessene Vergütung:** Psychotherapeut\*innen in Ausbildung sind während der Übergangszeit gemäß ihres Grundberufs zu vergüten.

Weitere Informationen und konkrete Regelungsvorschläge finden Sie in unserer [Stellungnahme zum aktuellen Entwurf des Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetzes \(GVSG\)](#).

**Ihre Ansprechperson:**

**Dr. Johanna Thünker**

Vorstand des Verbands Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP) im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)

E-Mail: [thuenker@vpp.org](mailto:thuenker@vpp.org)

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen über 10.000 niedergelassener, selbstständiger und angestellter/ beamteten Psycholog\*innen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologenschaft ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und die Öffentlichkeit.





## Quellenverzeichnis

- [1] Mack, S., Jacobi, F., Gerschler, A., Strehle, J., Höfler, M., Busch, M.A., Maske, U.E., Hapke, U., Seiffert, I., Gaebel, W., Zielasek, J., Maier, W. & Wittchen, H.U. (2014). Self reported utilization of mental health services in the adult German population – evidence for unmet needs? Results of the DEGS1MentalHealthModule (DEGS1MH). *International Journal of Methods in Psychiatric Research*, 23:289–303.
- [2] Deutscher Bundestag (2022). Wartezeit auf eine Psychotherapie. Studien und Umfragen. Herausgeber: Wissenschaftliche Dienste des dt. Bundestages. Online verfügbar: <https://www.bundestag.de/resource/blob/916578/53724d526490deea69f736b1fda83e76/WD-9-059-22-pdf-data.pdf>
- [3] Wittmann, W.W., Lutz, W., Steffanowski, A., Kriz, D., Glahn, E.M., Völkle, M.C., Böhnke, J.R., Köck, K., Bittermann, A. & Ruprecht, T. (2011). Qualitätsmonitoring in der ambulanten Psychotherapie: Modellprojekt der Techniker Krankenkasse - Abschlussbericht. Hamburg: Techniker Krankenkasse. Online verfügbar: [https://api.bptk.de/uploads/TK\\_Abschlussbericht\\_Qualitaetsmonitoring\\_in\\_der\\_ambulanten\\_Psychotherapie\\_474b2bbc7e.pdf](https://api.bptk.de/uploads/TK_Abschlussbericht_Qualitaetsmonitoring_in_der_ambulanten_Psychotherapie_474b2bbc7e.pdf)
- [4] DGPPN (2018). Dossier: Psychische Erkrankungen in Deutschland: Schwerpunkt Versorgung. Online verfügbar unter: [https://www.dgppn.de/Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a03ba599/DGPPN\\_Dossier%20web.pdf](https://www.dgppn.de/Resources/Persistent/f80fb3f112b4eda48f6c5f3c68d23632a03ba599/DGPPN_Dossier%20web.pdf)
- [5] Kautzky, A., Dold, M., Brtova, L., et al. (2019). Clinical factors predicting treatment resistant depression: affirmative results from the European multicenter study. *Acta Psychiatrica Scandinavica*: 139: 78–88. DOI: [10.1111/acps.12959](https://doi.org/10.1111/acps.12959).
- [6] Kraus, C., Kadriu, B., Lanzenberger, R., Zarate, C.A., & Kasper, S. (2020). Prognosis and improved outcomes in major depression: a review. *Translational Psychiatry*; 9:127. <https://www.nature.com/articles/s41398-019-0460-3>



## 4. Zukunftsorientierte Bildung braucht psychische Gesundheit

Berlin, 20. Dezember 2024

*Die schulischen Leistungen deutscher Schüler\*innen sinken im internationalen Vergleich seit Jahren, zuletzt in erschreckendem Maß [2]. Auch die Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss bleibt seit Jahren hoch [3]. Das deutsche Schulsystem ächzt unter einem eklatanten Lehrkräftemangel. Psychische Belastungen und Erkrankungen von Schüler\*innen nehmen zu bzw. stagnieren auch nach der Corona-Pandemie auf einem hohen Niveau [4]. Digitale Medien sind zu ständigen Begleitern von Kindern und Jugendlichen geworden. Einsamkeit, Empathieverlust, Bewegungsmangel, Konzentrationsprobleme, digitale Abhängigkeit und einseitige Informationsaufnahme sind beobachtbare Folgen. Bildung ist in Gefahr – und sie ist der Schlüsselfaktor für unsere Zukunft und die zentrale Säule unserer Gesellschaft.*

*Demokratie, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Wohlbefinden und Wohlstand hängen maßgeblich von einer zukunftsorientierten Bildung ab. Diese gelingt nur mit der Förderung psychischer Gesundheit aller am Schulsystem Beteiligten. Wir fordern in diesem Zusammenhang die konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE (2017) [1] mit seiner weitreichenden Bedeutung für psychische Gesundheit und Wohlbefinden in der Schule.*

### **Psychologie ist die Fachdisziplin für psychische Gesundheit**

Psychologie steht für die notwendigen Bedingungen für psychisch gesundes Lernen, Lehren und Arbeiten – lange **bevor** Krankheit, Krise und Störung entstehen. Die Schulpsychologie bildet im schulischen Bildungssystem die moderierende, vermittelnde und koordinierende Funktion zwischen pädagogischen, psychologischen und therapeutischen Interventionen. Psychologie bereitet Lehrkräfte auf die an sie gestellten Anforderungen vor; sie unterstützt Schulen bei der Umsetzung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages, ganz besonders im Prozess der Transformation von Schule zu einem Lern- und Lebensort für Kinder und Jugendliche mit einer Atmosphäre, die erfolgreiches Lernen ermöglicht [5].

### **Psychische Gesundheit in der Bildung**

Psychische Gesundheit in der Bildung bildet die Grundlage, damit junge Menschen und kommende Generationen in allen zentralen Bereichen der Gesellschaft für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet sind: belastbar, resilient, lern- und leistungsfähig sowie verantwortungsbewusst.

**Psychologie in der Lehrerbildung:** Um das zu realisieren, muss die Psychologie als Wissenschaft eine größere Rolle in der Lehrkräfteausbildung einnehmen. Zugleich muss das Wissen über psychische Gesundheit fester Bestandteil der Wissensvermittlung in Schulen werden.

**Kinder und Jugendliche stehen im Mittelpunkt:** Sie erfahren dadurch motivierende und individuelle Bedingungen für ihr Lernen und ihre Potenzialentwicklung. Pädagogische Freiräume für Kinder und Jugendliche zur Förderung von Neugier und Lernmotivation stehen im Vordergrund statt des Abarbeitens von normierten und übervollen Bildungsplänen. Psychologische Aspekte und



psychologische Expertise sollten bereits bei der Konzipierung von Bildungskonzepten Berücksichtigung finden. Um dies zu realisieren, bedarf es einer dem internationalen Standard entsprechenden Zahl von Schulpsycholog\*innen.

**Schaffung größerer Gestaltungs- und Freiräume für Lehrkräfte:** Die Beziehungsarbeit zu Schüler\*innen hat den gleichen Stellenwert und Raum wie die Wissensvermittlung. Nur in einer ausreichend guten Beziehung kann nachhaltiges Lernen gelingen.

**Partizipation ermöglichen:** Kinder und Jugendliche sind in den schulischen Prozessen angemessen zu beteiligen. Es muss mit Kindern und Jugendlichen gesprochen werden, nicht nur über sie!

**Mehr Gestaltungsfreiräume für Schulleitungen schaffen:** Eine präzise, klare Führung und zukunftsorientierte individuelle Schulentwicklung sind zentrale Kernelemente zur erfolgreichen Transformation. Es darf nicht bei Mangelverwaltung sowie Druck durch die Kultusministerien bleiben.

**Multiprofessionelle Teams ermöglichen:** Eine zeitgemäße, zukunftsweisende Unterstützung durch flächendeckende multiprofessionelle Beratungsteams mit fester Einbindung der Schulpsychologie muss aufgebaut werden.

**Zukunftsorientierter Bildung in diesem Sinne bedeutet aus unserer Sicht „Mehr Psychologie in den Schulen“.**

**Unsere Forderungen auf einen Blick:**

- **Mehr Psychologie in der Ausbildung von Lehrkräften** aller Fächer
- **Ausbildung von mehr Lehrkräften für den Psychologie-Unterricht** an weiterführenden Schulen
- **Mehr Psychologie und Wissen über psychische Gesundheit** als fester Bestandteil der Wissensvermittlung in der Schule – über alle Fächer hinweg
- **Mehr Psychologie in der Weiterentwicklung der Inklusion** in Schulen
- **Ausbau schulpsychologischer Versorgung nach internationalen Standards** in allen Bundesländern (1:1.000, eine Personalstelle Schulpsychologie auf 1.000 Schüler\*innen)

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf der [Website der Sektion Schulpsychologie](#) im BDP.

**Ihre Ansprechpartnerin:**

**Andrea Spies**

Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie im BDP

E-Mail: [spies@bdp-schulpsychologie.de](mailto:spies@bdp-schulpsychologie.de)

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen über 10.000 niedergelassener, selbstständiger und angestellter/ beamteter Psycholog\*innen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologenschaft ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und die Öffentlichkeit.



## Quellenverzeichnis

- [1] Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogramms Bildung für nachhaltige Entwicklung (2015-2019). Verfügbar unter: [https://www.bne-portal.de/bne/de/nationaler-aktionsplan/nationaler-aktionsplan\\_node.html](https://www.bne-portal.de/bne/de/nationaler-aktionsplan/nationaler-aktionsplan_node.html)
- [2] IQB-Bildungstrend 2021 im Primarbereich. Verfügbar unter: <https://www.iqb.hu-berlin.de/bt/BT2021>
- [2] OECD (2023), PISA 2022 Ergebnisse (Band I): Lernstände und Bildungsgerechtigkeit, PISA, wbv Media, Bielefeld, <https://doi.org/10.3278/6004956w>
- [3] Die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss stagniert seit Jahren (2023). Verfügbar unter: <https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/die-zahl-der-jugendlichen-ohne-schulabschluss-stagniert-seit-jahren/>
- [4] Robert Bosch Stiftung (2024). Deutsches Schulbarometer. Befragung Schüler:innen. Verfügbar unter: [https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-11/Deutsches%20Schulbarometer\\_Sch%C3%BCler\\_2024.pdf](https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-11/Deutsches%20Schulbarometer_Sch%C3%BCler_2024.pdf)
- [5] Sektion Schulpsychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) (2018). Schulpsychologie in Deutschland. Berufsprofil. Verfügbar unter: [https://www.bdp-verband.de/fileadmin/user\\_upload/BDP/verband/Untergliederungen/Sektionen/Schulpsychologie/PDF/180914\\_berufsprofil.pdf](https://www.bdp-verband.de/fileadmin/user_upload/BDP/verband/Untergliederungen/Sektionen/Schulpsychologie/PDF/180914_berufsprofil.pdf)



## 5. Damit Digitalisierung gelingt: Chancen nutzen, Risiken managen, Vertrauen schaffen

Berlin, 20. Dezember 2024

*Die Digitalisierung hat weitreichende Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Die Erfassung und Verknüpfung von großen Mengen unterschiedlichster Daten erweitert die Erkenntnis- und Handlungsmöglichkeiten von Individuen, Organisationen und Institutionen erheblich. Mit zunehmender Komplexität und insbesondere im Kontext von künstlicher Intelligenz wird das Nachvollziehen und Überprüfen von Lösungswegen zunehmend schwieriger. Damit einher gehen Risiken wie z. B. der Missbrauch von persönlichen Daten. Gleichzeitig entstehen Sorgen und Befürchtungen, die zu ablehnendem Verhalten bis hin zu irrationalen Entscheidungen führen.*

*In vielen Bereichen geht die Digitalisierung nicht so voran, wie es angedacht war, was auch durch fehlendes Vertrauen begünstigt wird.*

*Psycholog\*innen zeichnen sich durch umfassendes Wissen über menschliche Wahrnehmung, Denken, Fühlen und Handeln aus. Dieses Wissen ist essenziell, um die Interaktion zwischen Mensch und Technik zu optimieren und sicherzustellen, dass digitale Technologien auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Nutzer\*innen zugeschnitten sind. Diese Expertise ist bei der Entwicklung und Implementierung von Digitalisierungsprojekten stärker zu berücksichtigen.*

### Ethische Aspekte

Ethische Aspekte, und damit Fragen bezüglich Moral und Verhältnismäßigkeit, spielen – wie in anderen (neueren) Forschungs- und Entwicklungsbereichen (u. a. Gentechnik) – auch in Bereichen der Digitalisierung eine wichtige Rolle. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz. Psycholog\*innen können helfen, ethische Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Einsatz von KI zu adressieren. Sie können dazu beitragen, Diskriminierung zu vermeiden, Datenschutz zu gewährleisten und soziale Auswirkungen von Technologien abzuschätzen.

### Gesundheitliche Auswirkungen

Es gibt zahlreiche ernstzunehmende Hinweise und Befunde über die schädliche Auswirkung von Mediennutzung auf die psychische Gesundheit. Psycholog\*innen können die Auswirkungen digitaler Technologien auf diese untersuchen und Maßnahmen zur Prävention psychischer Probleme entwickeln.

### Anwendungskompetenz

Damit digitale Medien im Alltag sinnvoll genutzt werden können, braucht es die Medienkompetenz jedes einzelnen Bürgers und jeder einzelnen Bürgerin. Ihre Vermittlung muss integraler Bestandteil der schulischen Bildung werden. Darüber hinaus sind zur Verringerung der digitalen Kluft niedrigschwellige Angebote an Bürger\*innen aller Altersgruppen und Kulturen zu richten. Psycholog\*innen stellen mit ihren zielgruppenspezifischen Konzepten sicher, dass psychologische Aspekte der





Digitalisierung berücksichtigt werden und die Nutzung digitaler Medien in den verschiedenen Lebenswelten zunehmen kann.

### **Ausgewählte Handlungsfelder**

#### **1. Wahrung höchstmöglichen Gesundheitsdatenschutzes, vor allem bei psychischen Erkrankungen**

Bei der Behandlung von psychischen Erkrankungen entstehen hochsensible Daten, auch über Dritte, mit Stigmatisierungsrisiko und massiven persönlichen Folgen im Falle eines illegalen Datenabgriffs oder Datenlecks. Insbesondere bezüglich der elektronischen Patientenakte (ePA) sind Nachbesserungen wie ein differenziertes Zugriffsberechtigungsmanagement auf Dokumentenebene inklusive der Möglichkeit, hochsensible Daten nur für ausgewählte Behandelnde sichtbar zu machen, für Versicherte zu gewährleisten.

#### **Augenmaß bei der Nutzung digitaler Gesundheitsdaten bei der Forschung**

Im aktuellen Richtlinienentwurf eines Europäischen Gesundheitsdatenraumes (EHDS) sollen digitale Gesundheitsdaten der elektronischen Patientenakte auch für eine „unregulierte“ bzw. nicht zwingend am Gemeinwohl orientierte Forschung freigegeben werden können. Der BDP setzt sich hier für eine Begrenzung der Freigabe nur für wissenschaftliche und am Gemeinwohl orientierte Forschung ein, denn nur wissenschaftliche Forschung bringt valide Ergebnisse, die zum Gemeinwohl eingesetzt werden können ([Stellungnahme](#) des Berufsverbandes Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) zur elektronischen Patientenakte: ePA für alle).

#### **2. Digitalisierung in der psychotherapeutischen Versorgung**

Psychische Erkrankungen sollten wissenschaftlichen Leitlinien entsprechend durch heilkundliche Psychotherapie behandelt werden. Digitale Anwendungen (DiGA) sollten dabei nur nach wissenschaftlicher Wirknachweisprüfung und nur bei gezielter Notwendigkeit eingesetzt werden. Der BDP/VPP spricht sich aktuell gegen eine Verwendung von Onlineanwendungen aus, die vorrangig zur Kostenreduktion eingesetzt werden. Psychisch Erkrankte sollten die bestmögliche und an wissenschaftlichen Leitlinien orientierte Behandlung erhalten. Der Präsenzkontakt oder die Anwendung eines Blended-Care-Vorgehens sollte der Goldstandard bleiben. Der BDP/VPP fordert zudem den Einbezug psychologischer und psychotherapeutischer Expertise bei der Entwicklung und wissenschaftlichen Untersuchung digitaler Therapieanwendungen.

#### **3. Digitalisierung im Arbeitsleben: Veränderungen der Arbeitsbedingungen durch Digitalisierung sowie den Einsatz von KI**

Begleiterscheinung der Digitalisierung in der Arbeitswelt sind u. a. Arbeitsverdichtung, höherer Zeit- und Leistungsdruck sowie Entgrenzung der Arbeit. Längerfristig können solche Belastungen zu negativen Beanspruchungsfolgen bis hin zu langfristigen Arbeitsausfällen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen für Arbeitnehmer\*innen führen. Psycholog\*innen kennen diese Zusammenhänge und



können wirksam negativen Effekten entgegensteuern. Der BDP fordert daher, im Bereich der Digitalisierung in Organisationen psychologische Expertise noch stärker miteinzubeziehen.

#### Unsere Forderungen auf einen Blick:

- **Ethische Aspekte umfassend bearbeiten:** Einbeziehung von Psycholog\*innen bei ethischen Fragen zum Einsatz neuer digitaler Technologien
- **Medienkompetenz für alle ermöglichen:** Entwicklung von Bildungsprogrammen zur Förderung der Medienkompetenz von Schüler\*innen sowie Bürger\*innen aller Altersklassen und Kulturen unter Einbeziehung psychologischer Expertise
- **Transparenz und Datenhoheit bei der ePA sichern:** Transparente Information über Datenschutzrisiken, Beschränkung der Forschungsdatenverwendung auf wissenschaftliche und am Gemeinwohl orientierte Fragestellungen; Verbesserung von Datenschutzoptionen in der ePA-APP
- **Wissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde legen:** Einsatz digitaler Anwendungen in der Psychotherapie nur nach wissenschaftlichem Wirknachweis und nur bei entsprechender Indikation
- **Digitalisierung der Arbeitswelt mit Psychologie gestalten:** Einbezug von psychologischer Expertise in Organisationen beim Einsatz von digitalen Medien und KI-Technologien

#### Ihre Ansprechpartnerinnen:

##### Mareike van Diepen

Vorstand des Verbands Psychologischer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (VPP) im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)

E-Mail: [vandiepen@vpp.org](mailto:vandiepen@vpp.org)

##### Astrid Baumgärtner

Vorstand Landesgruppe Nordrhein-Westfalen im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP)

E-Mail: [a.baumgaertner@bdp-nrw.de](mailto:a.baumgaertner@bdp-nrw.de)

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen über 10.000 niedergelassener, selbstständiger und angestellter/ beamteten Psycholog\*innen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologenschaft ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und die Öffentlichkeit.



## 6. Klimawandel bewältigen: Stärkung von Resilienz, Anpassungsfähigkeit und Zukunftssicherheit

Berlin, 20. Dezember 2024

*Der Klimawandel bringt nicht nur eine ökologische Krise mit sich; er stellt auch eine tiefgreifende psychologische Herausforderung dar. Die direkten und indirekten psychischen Belastungen durch klimabedingte Veränderungen – von existenziellen Ängsten bis hin zu sozialen Spannungen – erfordern entschlossenes Handeln. Aufgabe ist es, die Gesellschaft in ihrer Anpassungsfähigkeit zu stärken, nachhaltige Verhaltensveränderung zu fördern und sichere Zukunftsperspektiven zu schaffen. Gleichzeitig hält sich hartnäckig der Eindruck, dass die Bedrohung durch den Klimawandel nach wie vor nicht in dem notwendigen Maße zu den wesentlichen Veränderungen führt.*

*Der BDP fordert eine nationale Strategie zur Bewältigung des Klimawandels und die Einbindung entsprechender Expertise, um die notwendigen Maßnahmen zu befördern und gleichzeitig die Krisenkompetenz der Menschen zu stärken.*

### Eine nationale Strategie für psychologische Resilienz

Die psychischen Folgen des Klimawandels, wie Stress, Unsicherheit und Ängste nehmen zu, und das auf individueller und kollektiver Ebene. Vor diesem Hintergrund ist die psychologische Resilienz von Individuen, Gemeinschaften und Institutionen zu stärken.

Resilienz in der Psychologie ist mehr als die Fähigkeit, Belastungen zu widerstehen. Sie umfasst auch emotionale und kognitive Fähigkeiten, in Krisen produktiv und proaktiv zu handeln und sich an veränderte Umstände anzupassen.

Psychologische Resilienz sollte als Ressource gefördert und integraler Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen sein – Bildung, Gesundheit und Soziales über die Arbeitswelt bis zum Politiksektor, einschließlich der Länder und Kommunen. Ein breites Verständnis von Resilienz muss dabei individuelle und systemische Ebenen umfassen, also sowohl den Schutz des Einzelnen als auch die Stärkung von Organisationen und politischen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren einbeziehen.

Psycholog\*innen spielen eine zentrale Rolle dabei, effektive Programme und Strategien zur Bewältigung der Stressbelastungen im Klimawandel und systemische Resilienz in Organisationen zu entwickeln.

### Veränderungen und kollektive Wirksamkeit

Die Bewältigung der Klimakrise kann nur durch gemeinsame Anstrengungen und das Zusammenwirken vieler gemeistert werden. Psychologische Forschung zeigt, dass kollektive Wirksamkeit – also der Glaube an die eigene Fähigkeit, gemeinsam mit anderen etwas zu bewirken – ein zentraler Faktor für den Erfolg von Umweltschutzmaßnahmen ist.



Dieses Potential sollte genutzt werden, um auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Aktivitäten zu verbreitern und intensivieren. Auch Bildungsprogramme sollten so gestaltet sein, dass sie Gemeinschaften und Gruppen als zentrale Akteure des Wandels stärken.

Ein interdisziplinärer Zukunftsrat kann hierbei als Plattform dienen, die gerechte Lösungen für die Klimakrise erarbeitet und kollektive Wirksamkeit auf allen gesellschaftlichen Ebenen stärkt. Zukunftssicherheit erfordert Maßnahmen, die sowohl die Rechte älterer als auch die Bedürfnisse zukünftiger Generationen schützen. Es ist sicherzustellen, dass auch Kinder und Jugendliche in ihrer psychischen und sozialen Widerstandskraft gefördert werden.

### **Verhaltensanpassung: Kommunikation und Bewusstseinsbildung**

Der Klimawandel erfordert eine Transformation Verhaltens im gesellschaftlichen Maßstab, die eine weitreichende Reflexivität und Bewusstseinsbildung erforderlich macht. Dabei genügt es nicht, bloß Informationen über die Folgen des Klimawandels zu vermitteln. Wirksame Kommunikation muss die Bevölkerung dazu befähigen, Risiken realistisch einzuschätzen und nachhaltige Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Informationen und Interventionen sollten gezielt auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen zugeschnitten sein und soziale Normen nutzen, um eine möglichst breite Wirkung zu entfalten.

Es ist entscheidend, Handlungskompetenzen zu stärken, die nachhaltiges Verhalten im Alltag fördern. Psychologische Prinzipien sind dabei entscheidend, um sowohl Individuen als auch Entscheider\*innen in Organisationen und Gemeinschaften gezielt und erfolgreich anzusprechen.

Bildungsprogramme sollten die Resilienz- und Nachhaltigkeitsbildung als zentrale Pfeiler verankern, insbesondere in Schulen und Bildungseinrichtungen. Resilienz- und Nachhaltigkeitsbildung dürfen keine Add-ons sein, sondern müssen als integrale Bestandteile der Bildungspolitik verstanden werden.

Zusätzlich ist es wichtig, die Heterogenität der Bevölkerung zu berücksichtigen. Die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen müssen in Kommunikations- und Anpassungsstrategien besondere Beachtung finden. Gerechte Lösungen, die die Unterschiede zwischen sozialen Gruppen anerkennen, fördern nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen.

### **Unsere Forderungen auf einen Blick:**

- **Psychologische Expertise in Politikberatung und Entscheidungsprozessen:** Einbindung von Psycholog\*innen in nationale Strategieentwicklungen, politische Gremien, Planungen und Infrastrukturplanungen zur Stärkung der Evidenzbasierung und Nachhaltigkeit bei Anpassungsmaßnahmen.
- **Resilienz- und Nachhaltigkeitsbildung ist Kernaufgabe:** Förderung psychologischer Resilienz und Nachhaltigkeitskompetenzen in Bildung und Gesellschaft, u.a. Umbau der Schulen zu Resilienz-Zentren, Aufbau systemischer Resilienz in Organisationen.
- **Wirksame Kommunikationsstrategien:** Einsatz psychologisch fundierter Methoden, um über bloße Wissensvermittlung hinauszugehen und zielgruppengerechte, verhaltenslenkende Botschaften zu gestalten, die Ängste abbauen, soziale Normen nutzen und Gruppen zu nachhaltigem Handeln motivieren.
- **Solidarität und gerechte Lösungen:** Spezifische Berücksichtigung und aktive Förderung vulnerabler Gruppen sowie Einrichtung eines interdisziplinären Zukunftsrats, der



generationen-gerechte Maßnahmen entwickelt, kollektive Wirksamkeit stärkt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Angesicht der Klimakrise festigt.

Weitere Informationen zu Strategien und Konzepten der Psychologie im Klimawandel finden Sie in unserem umfassenden BDP-Bericht 2024 „[Psychologische Perspektiven im Klimawandel: Strategien und Konzepte](#)“.

**Ihr Ansprechpartner:**

**Fredi Lang**

Referatsleiter Fach- und Berufspolitik

E-Mail: [f.lang@bdp-verband.de](mailto:f.lang@bdp-verband.de)

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V. (BDP) vertritt die beruflichen Interessen über 10.000 niedergelassener, selbstständiger und angestellter/ beamteten Psycholog\*innen aus allen Tätigkeitsbereichen. Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologenschaft ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und die Öffentlichkeit.





## Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e. V. (BDP) ....

... vertritt die beruflichen Interessen der niedergelassenen, selbstständigen und angestellten/ beamteten Psychologen und Psychologinnen aus allen Tätigkeitsbereichen.

Als der anerkannte Berufs- und Fachverband der Psychologinnen und Psychologen ist der BDP Ansprechpartner und Informant für Politik, Medien und Öffentlichkeit in allen Fragen der beruflichen Anwendung von Psychologie und Psychotherapie.

Der BDP wurde am 5 Juni 1946 in Hamburg von 21 „Berufspychologen“ gegründet Heute gehören dem Verband rund 10.000 Mitglieder in Landesgruppen und Sektionen an.

Der BDP hat seinen Sitz im „Haus der Psychologie“ in Berlin-Mitte – in unmittelbarer Nähe von Ministerien und Bundestag.

## Impressum

### Herausgeber:

Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e V (BDP)

Bundesgeschäftsstelle

Am Köllnischen Park 2

10179 Berlin

Tel.: (030) 20 91 66 600

[www.bdp-verband.de](http://www.bdp-verband.de)

### Verantwortliche:

Thordis Bethlehem

Präsidentin

**Titelfoto:** © Deutscher Bundestag | Thomas Trutschel | phototek